

Die Impfstrategie geht besser, liebe Landesregierung!

Seit dem 27. Dezember 2020 werden deutschlandweit Impfungen gegen das Covid-19-Virus durchgeführt. Im Land Brandenburg hat man sich gemäß der nationalen Impfstrategie zunächst entschieden, dreigleisig vorzugehen. 1. die Impfung hochbetagter Bewohnerinnen und Bewohner und Beschäftigter in stationären Pflegeeinrichtungen durch mobile Impfteams, 2. Zurverfügungstellung von Impfdosen an Krankenhäusern zur Impfung ihrer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 3. Freischaltung einer Impfhilfe durch die Kassenärztliche Vereinigung Berlin-Brandenburg, an die sich die über 80-Jährigen und Beschäftigte aus den ambulanten Pflegediensten, Arztpraxen und Rettungsdienste eigenständig wenden können, um in einem Impfzentrum einen Termin zu vereinbaren.

Während der erste Punkt nach zeitlicher Verzögerung nun konsequent umgesetzt wird und der zweite Punkt in der eigenverantwortlichen Durchführung der Kliniken sehr gute Fortschritte macht, ist der dritte Punkt nach wie vor ein Problem. Die Impfhilfe war zunächst vollständig überlastet und auch in unserem Landkreis Grund für Frust. Viele Impfwillige scheiterten allein beim Versuch, einen Termin zu vereinbaren und resignierten.

Zudem wurde nun bekannt, dass Termine aufgrund des mangelnden Impfstoffes nur noch sehr begrenzt vergeben werden. Da die Hotline 116 117 zugleich auch die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes ist, führte die Überlastung der Hotline dazu, dass erkrankte Menschen den Bereitschaftsdienst nicht erreichen konnten und alternativ die Notfallambulanz der Krankenhäuser aufsuchen mussten. Dies führte in der Folge dort wiederum zu einer

Verschärfung der ohnehin schon angespannten Situation und stand im Widerspruch zum Ziel, Kapazitäten für die Behandlung von an Covid-19 Erkrankten zu schonen.

Der Impfstart in Brandenburg verlief schwierig. Es wurden Erwartungen geweckt, die bisher nicht erfüllt worden sind. Der Mangel an Impfstoff auf der einen Seite und die Hoffnung sehr vieler Menschen auf der anderen Seite führen zu Konflikten und großem Unmut. Die chaotischen Zustände zu Beginn des Jahres bei der Terminvergabe über die Hotline führten zusätzlich zu Verunsicherung, Resignation und großer Wut. In der Information, der Koordination und der Durchführung der Impfkampagne gibt es weiterhin großen Verbesserungsbedarf.

Fakt ist, je schneller und je mehr Impfungen vorgenommen werden, desto mehr Leben können gerettet werden. Die Priorisierung in der nationalen Impfkampagne ist zweifelsfrei die richtige Entscheidung, jedoch muss sichergestellt werden, dass die Menschen höchster Priorität auch zeitnah ihre Impfung erhalten. Nach bisherigen Planungen wird dies jedoch nicht vor Ende Februar/Anfang März der Fall sein.

Die Terminvergabe allein über eine Hotline ist intransparent und – wie bereits erwiesen – nicht praktikabel. Eine schriftliche Information mit Terminvorschlag würde dazu führen, dass alle hochbetagten Personen, die nicht in stationären Pflegeeinrichtungen leben, erreicht werden und – sofern sie es wollen – sich verbindlich anmelden können. Allein auf nachbarschaftliche Hilfe oder Familienangehörige zu setzen, wenn es darum geht, dass die Impfberechtigten zu den Impfzentren gelangen, reicht nicht aus. Hier steht die SPD-CDU-Grüne-Landesregierung in der

Pflicht, auch den Transport sicherzustellen. Auch das muss Teil der Impfstrategie sein.

Die Umsetzung der nationalen Impfstrategie muss ernstgenommen werden. Deshalb ist es sinnvoll, alle Kräfte zu mobilisieren, was die Einbindung von Unternehmen des ÖPNV, den Hilfsdiensten und weiteren Fuhr- und Taxiunternehmen zwingend erfordert. Der Transport zu den Impfzentren darf nicht am Geld scheitern.

Klar ist – und eine von unserer Fraktion im Landtag gestellte Forderung: Die SPD-CDU-Grüne-Landesregierung muss den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, Impfdosen schneller und in ausreichenden Mengen den Bundesländern zur Verfügung zu stellen.

Und auch das Netz der Impfzentren ist schnell auszuweiten, um mindestens in jedem Landkreis bzw. kreisfreien Stadt eine wohnortnahe Versorgung zu sichern. Die Brandenburger Fehlentscheidung, die Impforga- nisation allein über die Hotline der Kassenärztlichen Vereinigung abzuwickeln, muss korrigiert werden! In Zusammenarbeit mit den Einwohnermeldeämtern sind die Impfberechtigten anzuschreiben. Auf diesem Wege ließe sich ein Impftermin vereinbaren.

Ergänzend zur Impfhilfe ist auch eine Online-Anmeldung zu ermöglichen – die von LINKE-SPD-Grüne regierten Länder Thüringen, Berlin und Bremen gehen diesen Weg schließlich auch! Und abschließend: Krankenhäuser und Hausärzt*innen gehören bei höherer Verfügbarkeit von ausreichendem Impfstoff auch endlich in die Umsetzung der Impfkampagne eingebunden, liebe SPD-CDU-Grüne-Landesregierung.

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

Meinungsfreiheit: Ich kann mir eine Meinung bilden, muss es aber nicht. Sogar eine Meinung zu haben, diese aber zu verschweigen geht – so frei ist dieses Land. Doch seit Social Media kann nun jede Zornige, jeder Frustrierte seine Meinung in Räumen so laut kund tun, das man den Eindruck gewinnen mag, es wären Massen, ja Mehrheiten. Verstehe ich etwas nicht, ist es eine Verschwörung. Geht es mir schlecht, braucht es einen Schuldigen.

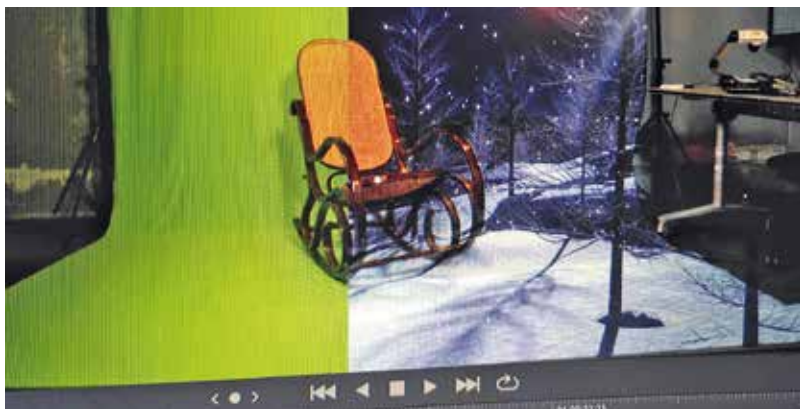
Ich möchte diese Menschen ernst nehmen, ihren Anteil an der Bevölkerung aber auch nicht überbewerten. Lassen wir Debatten zu, tauschen wir uns aus, lassen wir Argumente und Fakten gelten. Aber bitte keine alternativen oder Fake News. Und vor allem: Schreien wir uns nicht an, brüllen wir uns nicht nieder, bleiben wir tolerant. Geschlossene Zirkel, virtuelle Filterblasen, engste Denkmuster waren schon immer ein Merkmal für Stillstand, gar Rückschritt. Unsere Zeit hat so viele Probleme, die lösen wir nicht im aussitzen, verharren im Gestern.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG Verstehbahnhof Fürs- tenberg erweitert um di- gitales Klassenzimmer

Pünktlich zum neuen Jahr konnte ein voll ausgestattetes Video- und Tonstudio im Keller des Verstehbahnhofs in Fürstenberg/Havel seinen Betrieb aufnehmen – als digitales Klassenzimmer. Dort nutzen seither Lehrkräfte der Region die perfekte Ausstattung und den technischen Support vor Ort für digitalen Unterricht unter Lockdown-Bedingungen. Dank professioneller Beleuchtung, vorinstallierten Videokameras, einer Dokumentenkamera und Smartbo-

ard, sind kleine Unterrichtseinheiten schnell aufgezeichnet oder werden direkt per Livestream übertragen. Videokonferenz- und Bildungsserver sowie ein Cloud-Dienst zur Speicherung der aufgenommenen Videos hosten wir datenschutzfreundlich und kostenfrei vor Ort. Damit sich Lehrkräfte auf das Pädagogische konzentrieren können, kümmert sich eine Bundesfreiwillige in Vollzeit um die technische Betreuung. Sie kann bei Aufnahmen vor einem neutralen Greenscreen einen virtuellen Hintergrund zaubern, z. B. eine verschneite Landschaft bei einer Lehrerin, die ihrer zweiten Klasse Frau Holle vorlas oder eine Wetterkarte hinter der Lehrerin, die ihrer dritten Klasse den



Gemeinnützig aber hochprofessionell: Das Video- und Tonstudio im Verstehbahnhof;
Foto: Anke Domscheit-Berg

VON NORBERT MÜLLER

Kinderrechte: Ende gut, alles gut?

Bisher werden die besonderen Rechte von Kindern in der Verfassung nicht gewürdigt. Kinder finden im Grundgesetz lediglich als Objekt elterlicher und staatlicher Fürsorge Erwähnung. Nach jahrelangem Ringen haben sich Union und SPD auf eine gemeinsame Formulierung für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz verständigt. Bereits 2001 brachte die PDS einen Vorschlag dazu ein. Im Fokus des damaligen Entwurfes stand, deutlich zu machen, dass Kinder überhaupt Träger von Rechten sind. Auch wenn der Vorschlag damals abgelehnt wurde: Die Diskussion war nicht mehr zu stoppen. Auch Grüne und SPD übernahmen die Forderung. Doch für eine Verfassungsänderung fehlte stets eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat. Die Union positionierte sich klar gegen die Forderung. Sekundiert von konservativen christlichen Verbänden

warten CDU und CSU davor, das Recht von Eltern ihre Kinder zu erziehen, könne ausgehöhlt werden. Umso überraschender war es dann, dass 2017 die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz erst Teil des Wahlprogramms der Unionsparteien und dann auch des Koalitionsvertrages mit der SPD wurde.

Zwar war nun die Absicht bekundet, doch wie die Formulierung im Detail aussehen sollte, war offen. Die Diskussion hatte sich seit dem ersten Vorstoß der PDS deutlich weitergedreht. Es sollte nun nicht mehr darum gehen, Kinder überhaupt als Rechtsträger kenntlich zu machen. Vielmehr sollte nun klargestellt werden, welche besonderen Rechte Kinder besitzen. Eine dazu eingesetzte Arbeitsgruppe stand erst kurz vor dem Scheitern, um anschließend gleich drei Vorschläge zu präsentieren. Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) machte sich auf der Suche nach einem Kompromiss mit den nach wie vor skeptischen Unionsvertretern den vagsten der drei Vorschläge zu ei-



Jessoo Denzel
BUNDESTAG UND KOMMUNE

Unterschied zwischen Wetter und Klima erklärte.

Als Abgeordnete habe ich die Versäumnisse der Bundesregierung unzählige Male im Bundestag thematisiert. Aber für mich heißt links sein auch, dass man nicht nur kritisiert, sondern auch mit anpackt, um Probleme vor Ort zu lösen. Aus einer zunächst verrückt wirkenden Idee wurde nach mehr als 800 Stunden ehrenamtlicher Arbeit das Studio nun Realität, ich habe auch mit angepackt, Putz von der Wand geschlagen und beim Trockenbau geholfen. Mit dem gemeinnützigen Video- und Tonstudio realisierte unser Verstehbahnhof erneut ein Projekt, das politische Defizite lokal ausgleicht. Während der Pandemie gaben wir bereits 20.000 Gesichtsvisiere aus und im Herbst lötete ich selbst mit

an CO₂-Ampeln für Klassenzimmer. Nun konzentrieren wir uns darauf, digitales Lernen im Lockdown zu unterstützen. So wurden bereits 65 Laptops an bedürftige Schüler*innen ausgegeben, damit sie unabhängig vom finanziellen Hintergrund ihrer Eltern am digitalen Unterricht teilnehmen können. Drei weitere gingen jetzt an die Exin-Förderschule in Zehdenick, das Geld dafür habe ich aus meinen Diätenerhöhungen gespendet.

Ich bin sehr gern Teil dieses engagierten Teams, das in Pandemiezeiten echte digitale Bildung ermöglicht. Ein großer Dank geht an alle Helfer*innen und Förder*innen. Wir hoffen auf vielfältige Nachahmung, denn Zugang zu Bildung sollte nicht nur vom Wohnort der Kinder abhängen.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73107
Telefax: 030 227-76107
E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de



privat
BUNDESTAG UND KOMMUNE

gen. Doch auch der ging vielen in der Union wohl noch zu weit. Insbesondere das Recht von Kindern an allen Angelegenheiten, die sie betreffen auch beteiligt zu werden, und der Vorrang des Kindeswohls trafen bei den Konservativen immer wieder auf Widerstand. Beides findet sich im nun vorgestellten Vorschlag auch nicht wieder. Der Vorrang des Kindeswohls wird eingeschränkt und ist nur noch »angemessen zu berücksichtigen«. Vom Recht auf Beteiligung ist gleich gar nicht mehr die Rede. Es wird auf ein Recht auf rechtliches Gehör reduziert.

Damit fällt der Vorschlag weit hinter die UN-Kinderrechtskonvention zurück. Union und SPD nehmen damit ein Scheitern ihres Vorschlages in Kauf. Denn für eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag brauchen sie LINKE und Grüne. Unsere Zustimmung wird es aber nur geben, wenn eine Grundgesetzänderung die Stärkung der Kinderrechte beinhaltet. Der nun vorgelegte Vorschlag ist ein herber Rückschlag auf dem langen Marsch zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Wie und wann dieser Weg zu Ende geht, ist aber nach wie vor offen.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385 494521
Telefax: 03385 494522
E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

VON HELMUT SCHOLZ**Resümee zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft – Erwartungen nicht erfüllt!**

Im 2. Halbjahr 2020 hatte Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union in einer nicht einfachen Zeit inne: Mit Corona galt es eine der größten Herausforderungen seit langem zu bewältigen. Viele der offenen oder verschleppten Probleme in der EU wurden durch die Pandemie sichtbar und verstärkt. Die Kürzungsdiktate der EU-Kommission, die vielen Staaten nicht zuletzt auf Druck Deutschlands spätestens seit der Finanzkrisenbewältigung aufgebürdet wurden, haben die europäischen Gesundheits- und Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Zugleich erscheinen Klimawandel, Schutz der Artenvielfalt und Ernährungssicherheit plötzlich zweitrangig – was jedoch nicht gegeneinander aufgewogen werden darf! Sechs Monate hatte die Bundesregierung, um Maßnahmen für eine solidarische Neuausrichtung der EU mitten in der Corona-Krise auf den Weg zu bringen. Diese blieben



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

mangels langfristiger Strategien und klarer Zielsetzungen hinter den Erwartungen zurück.

Neben dem EU-Haushalt 2021–2027 wurde mit dem Wiederaufbaufonds erstmals eine Verpflichtung für gemeinsame Anleihen verankert – ein Schritt in Richtung der seit langem auch von der LINKEN geforderten gemeinschaftlichen, solidarischen Finanzierung der vor der EU stehenden Aufgaben. Und es ist dem EU-Parlament zu verdanken, dass neue Eigenmittel für den EU-Haushalt geschaffen werden: Digitalsteuer, CO₂-Grenzausgleichsmittel, Finanztransaktionssteuer ... Aber vieles bleibt vage, Mitgliedstaaten sperren sich gegen ein gemeinschaftliches Agieren und der Mehrjährige Finanzrahmen bleibt in seiner Ausrichtung und Untersetzung trotz steigender

Herausforderungen weit hinter konkreten Bedarfen zurück. Die Ausgaben für Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung, Klimaschutz, Artenvielfalt und Gesundheitsvorsorge sind zu gering. Gemeinschaftliches Agieren und nicht Konkurrenzkampf innerhalb der EU um Fördertöpfe oder Lohn- und Preisdumping ist erforderlich, um soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten abzubauen.

Das Virus, der Klimawandel, unsere Produktions- und Konsumtionsmuster, unsere Außenhandelspolitik zeigen, dass die EU ein solidarisches und faires Verhältnis mit den anderen Kontinenten gestalten muss. Auch deshalb sind im Haushalt vorgesehene Milliardensummen im EU-»Verteidigungsfonds« verschwendet, wenn sie nicht für einen Beitrag der EU zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO eingesetzt werden.

Portugal hat am 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Aufgaben und Herausforderungen bleiben ähnlich – die praktische Umsetzung der in buchstäblich letzter Stunde verabschiedeten Ziele des letzten Jahres muss nun erfolgen: die Prüfung des Brexit-Abkommens, das Investitionsabkommen mit China. Zugleich will Portugal sozialpoli-

tische Belange in den Fokus rücken und eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung auf den Weg bringen, um endlich armutsfesten Grundprämissen eines Sozialen Europas Konturen zu geben. Auch das Nachbarschaftsverhältnis zum Afrikanischen Kontinent steht im Fokus. Weder Klimakrise noch Corona sind besiegt und auch nicht die wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. Die in die Krise geratenen Gesundheitssysteme sind neu aufzubauen.

Ich erwarte von der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft den Startschuss für den Beginn der Konferenz zur Zukunft der EU, um die Weichen für die EU von morgen zu stellen. Diese Debatte muss umfassend, inklusiv und zukunftsorientiert sein. Packen wir es an. Nicht gegeneinander, sondern miteinander.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71890

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: wk@helmutscholz.eu**VON ISABELLE VANDRÉ****Keine Verhandlungen mit den Hohenzollern!**

Seit Jahren wird über die Rückgabeforderungen der Hohenzollern diskutiert. Nun debattierte auch der Brandenburgische Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 20.1.2021 auf Antrag der Linksfraktion die Forderungen der Hohenzollern. Was dabei rauskam berichtet Isabelle Vandré, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag:

Hat der Kronprinz von Preußen den Nationalsozialisten erheblichen Vorschub geleistet? Diese Frage ist nach wie vor Dreh- und Angelpunkt in der Auseinandersetzung um die Entschädigungsforderungen des Hauses Hohenzollern. Auf diese hätten sie nach dem Ausgleichsgesetz von 1994 nur Anspruch, wenn die Vorschubleistung des Kronprinzen nicht erfolgte. Gerade in dieser Frage gab es kürzlich Bewegung, als Prof. Christopher Clark, Professor an der University of Cambridge, öffentlich machte, dass der Kronprinz entgegen

seiner bisherigen Einschätzungen in wesentlichem Maße zur Schwächung der Weimarer Republik beigetragen hatte. Bei unserem Podium am Vorabend der Ausschusssitzung, zu der wir neben Prof. Dr. Clark auch Prof. Dr. Schlothuber, die Vorsitzende des Deutschen Historikerverbandes, gewinnen konnten, wurde deutlich: es gibt keinen Historiker*innenstreit über die Rolle des Kronprinzen, denn er war ein Gegner der Demokratie und hat durch sein Handeln dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet. Ausurteilen kann das allerdings nur ein Gericht. Doch statt es darauf ankommen zu lassen und die Forderungen der Hohenzollern endgültig zurückzuweisen, befinden sich der Bund, Berlin und Brandenburg mit Georg Friedrich Prinz von Preußen seit Jahren in Verhandlungen. Einzig Christian Görke (DIE LINKE) verließ in seiner damaligen Position als Finanzminister die Verhandlungen und forderte die Wiederaufnahme der gerichtlichen Auseinandersetzung. Diesen Kurs hat die aktuelle Finanzministerin Lange (SPD) jedoch verlassen und ist gewillt eine außergerichtliche

**LANDTAG UND KOMMUNE**

Einigung zu erzielen. Das ist für uns jedoch aus mehreren Gründen der falsche Weg:

- 1.) Wir brauchen eine juristische Klärung über die Frage der Vorschubleistung, um die Forderungen endgültig zurückzuweisen zu können.
- 2.) Die über 120 Unterlassungsbegehren, die Georg Friedrich Prinz von Preußen gegen Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Politiker*innen vorgebracht hat, zeugen nicht von Interesse an einer offenen, gesellschaftlichen Auseinandersetzung zum Agieren des Hauses Hohenzollern. Aufgabe der Politik ist es jedoch, diesen Diskurs sicherzustellen. Sich vor dem Hintergrund seines Agierens mit Georg Friedrich

Prinz von Preußen an einen Verhandlungstisch zu begeben, ist ein nicht akzeptables Entgegenkommen, wo es einer klaren Haltung bedarf. 3.) Tatsächlich sind nur ca. 90 der mehreren Tausend Kulturgüter mit Sicherheit Dauerleihgaben des Hauses Hohenzollern. Für den weit größeren Teil sind die Eigentumsverhältnisse zumindest komplexer. Das öffentliche Interesse an der Zugänglichkeit zu den Schlössern, Kunstwerken und Kulturgütern werden wir daher nicht durchsetzen können, wenn die betroffenen Konvolute in Verhandlungen miteinander vermengt werden.

Kontakt:Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag BrandenburgAlter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 966-1533

E-Mail: isabelle.vandré@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/isabelle.vandré](https://www.facebook.com/isabelle.vandré)

Holocaust-Gedenken im Landkreis

Gegen das Vergessen

Vor nunmehr 76 Jahren, am 27. Januar 1945, dem heutigen internationalen Holocaust-Gedenktag, wurde das Konzentrationslager Auschwitz, in welchem mindestens 1,1 Million Menschen ermordet wurden, von Soldaten der Roten Armee befreit.

Auch im Landkreis Teltow-Fläming wurde in zahlreichen Orten, so in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Zossen, an die Opfer vieler Nationen mit Blumen und Kränzen gedacht.

Am Holocaust-Gedenktag erinnerten und gedachten Mitglieder und Sympotisant*innen der **Zossener und Mellenseer LINKEN** an die Opfer des Nationalsozialismus. Unter Einhaltung der Abstandsregeln und in kleiner Gruppe wurde im Stadtpark, am ehemaligen Standort des Gedenksteins für die Opfer des Faschismus, ein Blumengebinde niedergelegt. »Wir gedenken der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas, der Millionen verschleppter Slawen, der Zwangsarbeiter, der Homosexuellen, der politischen Gefangenen, der Kranken und Behinderten, all derer, die die nationalsozialistische Ideologie zu Feinden erklärt und verfolgt hatte. Wir erinnern auch an diejenigen, die mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewähr-

ten«, so der ehemalige Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert in seiner Rede im Bundestag 2008. »Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Die Erinnerung an dieses Unrecht wach zu halten und die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzuarbeiten, ist eine immerwährende Verpflichtung und dafür benötigen wir auch Orte des Gedenkens«, so Carsten Preuß. Gedenkstätten und Mahnmale, die über die Gräueltaten in der Zeit des Nationalsozialismus aufklären und

an die Opfer erinnern, müssen für die Erinnerungskultur bewahrt werden. Von 1975 bis 2019 stand im Stadtpark in unmittelbarer Nähe des Springbrunnens der Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus mit dem Schriftzug »Unsterbliche Opfer«. Dieser Gedenkstein aus rotem Quarz wurde 2019 auf Veranlassung der damaligen Bürgermeisterin auf den städtischen Friedhof versetzt und damit faktisch begraben. DIE LINKE möchte diesen Gedenkstein wieder in den Stadtpark holen und somit wieder im öffentlichen Be-

wusstsein verankern. Erinnert wurde auch an die Stolpersteine, die in der Stadt Zossen verlegt sind. Wir müssen alles tun, um Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat zu schützen und zu bewahren.

Redaktion



Beim Gedenken in Jüterbog am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus sprach die stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes der LINKEN Teltow-Fläming, Maritta Böttcher, u. a. folgende Worte: »76 Jahre später gedenken wir der Opfer und erinnern an die Befreiung von Auschwitz. Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass es

heute wieder Faschisten gibt, die unsere Gesellschaft mit Hass und Brutalität bedrohen. Politik hat die Verantwortung, dem Faschismus den Boden zu entziehen. Gedenken heißt nicht nur, über die Shoa zu reden, sondern auch jüdisches Leben in der Gegenwart zu schützen. Es gab in den letzten Jahren zu viele Angriffe, zu viel Hass, Antisemitismus und Rassismus in der Gesellschaft. Dem müssen wir konsequent entgegentreten.« Gemeinsam mit Tobias Bank, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 60 zur Bundestagswahl, legte Maritta Böttcher ein Blumengebinde »Gegen das Vergessen« nieder.

Redaktion

Mitglieder der Stadtfraktion der Partei DIE LINKE besuchten das, von Kurt-Hermann Kühn 1979, geschaffene Denkmal für die Opfer des Kriegsgefangenenlagers »Stalag III A« am Stadtpark in **Luckenwalde**. Dort fanden ca. Vier- bis Fünftausend Menschen den Tod. Eine weitere Ehrung fand am Denkmal auf dem Waldfriedhof in Luckenwalde statt. Auch dort wurden rote Nelken und Blumengebinde abgelegt.

Sabine Gumpel



Auch in **Ludwigsfelde** gedachten die Genossen den Opfern des Holocaust.

Volksinitiative »Verkehrswende jetzt!« nimmt erste Hürde

Fast 30.000 Unterschriften für die Verkehrswende in Brandenburg übergeben

Die Volksinitiative »Verkehrswende Brandenburg jetzt!« hat am 13. Januar 2021 insgesamt 28.584 Unterschriften für eine Verkehrswende in Brandenburg an Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke übergeben.

Diese Zahl ist auf Grund des zweifachen Corona-Lockdowns beachtlich. Damit sich der Landtag mit dem Thema der Volksinitiative befasst, waren 20.000 Unterschriften erforderlich.

Die Demokratie lebt von der Stärke ihrer Zivilgesellschaft. Das Ergebnis macht deutlich, dass die Zivilgesellschaft in Brandenburg lebt und einen sozial-ökologischen Wandel möchte. Die gesammelten Unterschriften zeigen nicht nur den Wunsch nach einer klimaverträglichen und sozialen Verkehrswende, sondern auch die Unzufriedenheit mit der bestehenden Verkehrspolitik.

Gerade die Menschen im ländlichen Brandenburg leiden unter den Folgen eines schlechten öffentlichen Nahverkehrs. Alle Städte und Gemeinden in Brandenburg müssen

zuverlässig an den öffentlichen Verkehr angeschlossen werden. Eine Möglichkeit dafür ist die Schaffung einer Brandenburgischen Städtelinie. Zu einer möglichen Querverbindung in Südbrandenburg gab es am 19. September 2020 mit Christian Görke (MdL) einen Ortstermin in Mittenwalde. Es ging um die Chancen für die Reaktivierung der Dabendorf-Mittenwalde-KönigsWusterhausener Eisenbahn und der Bahnstrecke Zossen-Jüterbog (der Linksblick berichtete). Die Volksinitiative fordert ein Mobilitätsgesetz mit konkreten Maßnahmen, Zeitplänen und Budgets, um den öffentlichen Verkehr auszubauen und den Rad- und Fußverkehr zu stärken.

Ziel ist es, den Anteil des Umweltverbundes (Fuß, Rad, ÖPNV & SPNV) an den in Brandenburg zurückgelegten Wegen bis 2035 auf über 80 Prozent zu verdoppeln.

Auch ein einfacheres und sozial gerechtes Tarifsystem im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ist Ziel der Volksinitiative. Neben



dem Personenverkehr fordert das Bündnis auch eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, denn das ungebremste Wachstum des LKW-Verkehrs, mit allen negativen Folgeerscheinungen belastet Anwohner*innen wie Umwelt und darf nicht länger hingenommen werden. Sollte der Landtag die Volksinitiative ablehnen, kann ein Volksbegehren folgen.

Vielen Dank an die vielen engagierten Menschen, die trotz aller Widrigkeiten im vergangenen Jahr unermüdlich Unterschriften gesammelt haben!

Carsten Preuß, Zossen, Bundestagskandidat der LINKEN

Ideen im Wahlkampf weiter entwickeln

Wir befinden uns in einem spannenden und aufregenden Wahlkampfjahr. 2021 bedeutet auch für uns in Teltow-Fläming viel Arbeit. Am 26. September findet sowohl die Landratswahl, als auch die Bundestagswahl statt. Unsere Bundespartei bot uns Ende des Jahres 2020 an, dass wir an einem Workshop zum Thema Haustürwahlkampf teilnehmen können. Dies ließen wir uns nicht zweimal sagen. Der Workshop, der sich insgesamt über vier Tage zog, gab uns viele Eindrücke und animierte uns dazu, unser neu gewonnenes Wissen auch an unsere Genoss*innen und Sympathisant*innen weiterzugeben. Also entschlossen wir uns, ein Seminar zu dem Thema am 11. Januar 2021 durchzuführen. Wir haben alle Genoss*innen und Sympathisant*innen eingeladen, die eine dem Kreisverband bekannte E-Mail-Adresse haben. So kam es, dass viele Personen daran teilnahmen, die den Wahlkampf 2021 aktiv mitgestalten wollen. Wir boten am Ende auch eine

Grundlage zur Diskussion und zum Austausch von Erfahrungen. Wichtig war für uns, dass wir nicht nur im Wahlkampf aktiv an die Haustüren gehen, sondern dies auch außerhalb des Wahlkampfes machen. Es ist unsere Aufgabe, als DIE LINKE, immer und jederzeit die Bürger*innen mit einzubeziehen. Wir wollen allen zuhören und die Probleme der Menschen aufsaugen und diese in realpolitische Forderungen umwandeln, um ggf. Anträge in kommunalen Parlamenten einzubringen, die direkt aus der Bevölkerung kommen. In diesem Jahr ist die Situation leider etwas schwieriger für uns alle. Es gibt ein Konzept, wie auch Haustürgespräche unter Pandemiebedingungen geführt werden können. Dieses Konzept sieht unter anderem vor, dass wir mit dem Ellenbogen klingeln, einen Abstand zur Haustür von mindestens zwei Metern wahren und dabei eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen. Trotzdem wäre es aktuell ein falsches Signal, an die Haustüren zu

gehen. Daher bitten wir euch um Verständnis, dass wir größtenteils erst ab dem Monat Mai zu euch kommen werden, insofern die Pandemiebedingungen es dann zulassen. Wir laden euch alle herzlich dazu ein, den Wahlkampf mit zu unterstützen. Wir brauchen euch und wir zählen auf euch! Solltet ihr Fragen zum Konzept Haustürgespräche haben, wendet euch gerne an Martin Zeiler (martin_zeiler@mail.com) oder Tom Siedenber (Tom17a13@googlemail.com). Solange die Haustürgespräche noch nicht starten, müssen wir versuchen, andere Wege zu beschreiten, um mit euch ins Gespräch zu kommen. Schreibt uns gerne, was euch aktuell auf der Seele brennt. Mit welchen Problemen habt ihr gerade während der Corona-Pandemie zu kämpfen? Welche Lösungsansätze habt ihr? Wie können wir als Partei euch in allen Kommunalparlamenten bestmöglich vertreten? Wie können wir als Oppositionspartei im Landtag Brandenburg und im Bundestag

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Online-Beratung Bundesparteitag
26. bis 27.2.2021

Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
14.3.2021, Berlin-Friedrichsfelde

Beratung Redaktion Linksblick
17.3.2021, 17.30 Uhr
Ort noch offen

Beratung Kreisvorstand
17.3.2021, 19 Uhr
Ort noch offen

Beratung Landeswahlkampfbüro
30.3.2021, 18 Uhr
Ort noch offen

Osterhasenfest
3.4.2021
in Jüterbog

Beratung Kreisvorstand
7.4.2021, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**11. Gesamtmitgliederversammlung
Wahl Landratskandidat*in**
10.4.2021, 10 Uhr
Ort noch offen

**7. FrühLINKSempfang
und Neumitgliedertreffen**
16.4.2021, 10 Uhr
Ort noch offen

30. Familienfest
1.5.2021, 14 Uhr
in Luckenwalde

für euch streiten? Wir sind schon immer eine sehr aktive Partei und setzen uns jederzeit auch für die Schwächsten in der Gesellschaft ein. Doch manchmal liegen die Ideen der Parlamentarier*innen in einem Konflikt mit den Forderungen der Basis, ohne dies überhaupt zu wissen. Daher sind eure Anregungen für uns so wichtig! Wir wollen auf eure Ideen nicht verzichten und euch mit einbeziehen.



Tom Siedenber



Martin Zeiler

Quo vadis? Die USA unter Joe Biden

Es ist noch gar nicht so lange her, als ein frisch gewählter US-Präsident frenetisch gefeiert wurde. Viele verbanden mit seinem Wahlsieg die Hoffnung auf einen fundamentalen politischen Wandel. Sein Name war Barack Obama. Gemessen an diesen großen Erwartungen fiel die politische Bilanz seiner Präsidentschaft jedoch sehr ernüchternd aus.

Zwar setzte er mit der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung einen fortschrittlichen Akzent. Andererseits schob er mehr Menschen ab, als alle US-Präsidenten des 20. Jahrhunderts zusammen, das US-Folterlager im kubanischen Guantanamo wurde nicht geschlossen, durch die Finanzkrise von 2008 nahmen Armut, Erwerbslosigkeit und Schmerzmittelmissbrauch in den USA gewaltig zu, die Unterstützung von als »gemäßigte Rebellen« verharmloster islamistischer Al Qaida-Milizen stürzte Libyen und Syrien in blutige Bürgerkriege und die unter seinem republikanischen Amtsvorgänger George Bush jr. etablierten völkerrechtswidrigen Drohnenangriffe auf »Terroristen« wurden massiv ausgedehnt. »Ich bin wohl gut im Töten«, scherzte Obama einst über die von ihm persönlich angeordneten Drohnenmorde.

Mit übertriebenen Erwartungen an neue US-Präsidenten sollte man also sparsam sein, zumal auch noch der Kongress ein gehöriges Wort mitzureden hat.

Dennoch ist es grundsätzlich positiv zu bewerten, dass der rechte Hetzer Donald Trump nicht wieder-

gewählt wurde. Denn anders als Trump positioniert sich Biden gegen Rassismus und für soziale Gleichheit und Klimaschutz. Er polarisiert nicht, agiert berechenbarer und besonnener. Und lügen wird er wohl nicht so oft und plump.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hob Biden mehrere Trump-Dekrete auf. Die USA sind jetzt wieder Mitglied des Pariser Klimaabkommens, der Einreisestopp für Menschen aus 13 mehrheitlich muslimischen Ländern ist Geschichte, der Bau der Grenzmauer zu Mexiko wurde gestoppt und aus Mexiko kommende Asylbewerber werden nicht länger dorthin deportiert, um auf die Entscheidung ihres Asylantrages zu warten. Außerdem legte Biden dem Kongress einen Gesetzesvorschlag zur Reform des Einwanderungsrechts vor, der es den rund zehn Millionen ohne gültige Papiere in den USA lebenden Menschen ermöglichen soll, ihren Aufenthalt zu legalisieren. Zudem kündigte er an, sich für den Klimaschutz einsetzen, den Mindestlohn anheben und die von Obama eingeführte allgemeine Krankenversicherung ausbauen zu wollen. Der Präsident teilt sich die politische Macht natürlich mit den beiden Häusern des Kongresses. Bis Ende 2022 haben die Demokrat*innen im Repräsentantenhaus eine solide Mehrheit. Da die US-Verfassung vorsieht, dass im Fall eines Patts im Senat die Stimme der Vizepräsidentin Harris den Ausschlag gibt, verfügen sie auch im Senat über eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme. Da es

unter den demokratischen Senator*innen auch etliche Konservative gibt, wird Biden aber immer wieder auch auf republikanische Stimmen angewiesen sein.

Außenpolitisch zählt der neue Präsident zu den kriegerischen Falken. Biden war nicht nur ein entschiedener Befürworter der US-Kriege gegen Jugoslawien, die afghanischen Taliban und den irakischen Diktator Saddam Hussein, sondern unterhält auch gute Beziehungen zu den US-Rüstungskonzernen. Zu seinem Kabinett zählen sowohl militärische Hardliner als auch mindestens drei Personen mit persönlichen wirtschaftlichen Interessen an einer florierenden US-Rüstungsindustrie. Erste Wortmeldungen hochrangiger Vertreter seines Kabinetts belegen, dass Biden den unter Trump verschärften konfrontativen Kurs gegenüber China fortsetzen wird. Etwas Anderes stand aufgrund der geopolitischen Konstellation einer grundlegenden Konkurrenz zwischen der langsam, aber stetig absteigenden imperialistischen Macht USA und der aufstrebenden imperialistischen Macht China auch nicht wirklich zu erwarten.

Der frisch gebackene US-Außenminister Antony Blinken verlautbarte, die USA müssten China »aus einer Position der Stärke gegenüberreten«, um es »aus dem Feld [zu] schlagen«. Bidens »Indopazifik-Koordinator« Kurt Campbell wiederum erklärte, man werde die unter Trump verfolgte Politik der Handelskriege und der aggressiven militärischen Positionierung gegen die Volksrepublik mit geringfügigen

Veränderungen fortführen.

Biden bezeichnete Russland als »größte Bedrohung der USA«. Putin hält er für einen seelenloser »KGB-Gangster«. Es verwundert daher nicht, dass er die von USA und NATO seit dem Ende der Sowjetunion verfolgte Doktrin einer »Eindämmung« Russlands weiterbetreiben wird. Außenminister Blinken sagte, er sei für den Beitritt Georgiens zur NATO. Dadurch käme die von der NATO seit dem Ende der Sowjetunion zielstrebig betriebene militärische Einkreisung Russlands einen weiteren Schritt voran.

Biden wird zudem, wie schon seine Amtsvorgänger Obama und Trump, von den anderen NATO-Staaten eine weitere Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben und eine Ausweitung ihres militärischen »Engagements« verlangen. Auch die Drohnenkriegsführung gegen von CIA und Pentagon als »Terroristen« eingestufte Menschen wird unter der neuen Chefin der Geheimdienste, Avril Haines, fortgesetzt und womöglich sogar noch weiter ausgedehnt werden. Schließlich zeichnete sie bereits unter Obama für die massive Ausweitung der Drohnenmorde verantwortlich.

In der US-Außenpolitik ist also mit keinen größeren Veränderungen zu rechnen, während innenpolitisch mehr oder weniger weitreichenden Maßnahmen zum Abbau der vergrößerten sozialen Ungleichheit und zum ökologischen Umbau der US-Wirtschaft zu erwarten sind.

Alexander Fröhlich,
Blankenfelde-Mahlow

+++ Leserbrief +++

Hallo Harry,
Sie sprechen in Ihrem Leserbrief in der 267. Ausgabe des Linksblicks vom Dezember 2020/Januar 2021 interessante Fragen an und enden mit dem Satz »Nur mal so nebenbei«. Das erscheint mir jedoch zu einfach; so »einfach« ist diese Welt nicht. An den meisten Stellen Ihrer Darlegungen sprechen Sie in Rätseln. Es scheint so, als ob Vieles aus dem Zusammenhang gerissen ist und unvollständig oder gar nicht erklärt wird. So können meiner Meinung nach diese wichtigen politischen Fragen nicht erörtert werden.

Viele Ihrer Fragen und unkonkreten Einschätzungen können mit Sicherheit in einem persönlichen Kontakt mit unserem Bundestagsabgeordneten Norbert Müller diskutiert werden. Ich bin überzeugt, dass Ihnen unser Genosse Müller alles genau beantworten kann.

Peter Dunkel

Anmerkung der Redaktion:
Der Leserbrief der letzten Ausgabe, auf den sich dieser bezieht, war nur mit Harry unterzeichnet. Die E-Mail-Adresse haben wir aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Er war also nicht anonym.

Gregor Gysi kandidiert wieder für den Bundestag

Gregor Gysi will am 26.9.2021 wieder im Wahlkreis Treptow-Köpenick für den Bundestag kandidieren:

»Ich habe mich letztlich dafür entschieden, um als Mitglied des Bundestags endlich noch die Gleichstellung von Ost und West auf allen Gebieten, insbesondere beim Lohn, der Rente und Berufsabschlüssen zu erleben«, sagte Gysi. »Vorher darf der Bundestag mich nicht loswerden. Tja, Union und SPD hätten sich eben beeilen sollen.«



Mit rund 30 Traktoren haben zahlreiche Landwirte vor der CDU-Zentrale und dem Regierungsviertel für eine Agrar- und Ernährungswende demonstriert. Foto: Carsten Preuß

»Wir haben es satt«-Demo in Berlin Mit Traktoren für die Agrarwende

Bauern und Umweltschützerinnen haben am 16.1.2021 in Berlin unter dem Motto »Agrarindustrie abwählen - Agrarwende lostreten!« für eine grundlegende Agrarwende demonstriert. Sie forderten eine klimaschonende Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung. Die Kundgebung des Bündnisses »Wir haben es satt«, die jährlich anlässlich der Agrarmesse »Grüne Woche« stattfindet, fiel diesmal Corona-bedingt deutlich kleiner aus als sonst. Der Protest wurde ins Internet verlagert. 10.000 Fußabdrücke für die Agrarwende wurden eingesendet, um vor dem Kanzleramt den Unmut über die miserable Agrarpolitik eindrucksvoll deutlich zu machen.

Parallel zogen Landwirte mit Traktoren durch die Berliner Innenstadt. Auch vor der CDU-Parteizentrale forderte das Bündnis eine grundlegende Umkehr in der Agrarpolitik. Eine schon jetzt absehbar gescheiterte EU-Agrarreform, Bankrotterklärungen in der Klimakrise und ein fatales Abkommen mit den MERCOSUR-Staaten zeigen, dass diese Agrarpolitik abgewählt werden muss. Das Landwirtschaftsministerium und die Bundesregierung hofieren die Agrarindustrie und schieben den Umbau der Landwirtschaft weiter auf.

Doch im Superwahljahr 2021 entscheiden wir alle auch über die Zukunft von Landwirtschaft und Essen. Dringender denn je ist ein wirklicher Politikwechsel!

Corona zeigt uns noch deutlicher, wie wichtig eine nachhaltige Landwirtschaft und das regionale Lebensmittelhandwerk sind. Mit tagtäglicher harter Arbeit sichern sie unsere Ernährungssouveränität. Die Pandemie ver-

anschaulicht aber auch die Probleme: Am Beispiel Tönnies sehen wir, wie die Industrie gewaltige Profite auf Kosten von Menschen, Tieren und Natur einfährt.

Seit 15 Jahren macht das unionsgeführte Landwirtschaftsministerium knallharte Klientelpolitik für die Industrie. Das treibt zehntausende Höfe in den Ruin und lässt die Bäuer*innen auf den Kosten für den Umbau der Tierhaltung sitzen. Mit dem »Weiter so« bei den pauschalen Flächensubventionen werden das Höfesterben, die Klimakrise und das Insektensterben weitergehen.

In den letzten Jahren wurden vermehrt große Ackerflächen auch in Brandenburg an überregional aktive Unternehmen und Fonds verkauft, zumeist Investor*innen aus dem nicht-landwirtschaftlichen Bereich. Dadurch sind die Preise für Ackerland stark angestiegen. Kleine Betriebe oder Jungbäuer*innen haben dadurch kaum noch Zugang zu eigenen Anbauflächen. Die »Wir haben es satt«-Bewegung ist ein breit aufgestelltes Bündnis, das für eine enkeltaugliche Agrar- und Ernährungspolitik seit Jahren auf die Straße geht. Es kämpft für den Erhalt der regional verankerten landwirtschaftlichen Betriebe und für eine artgerechte, flächengebundene Tierhaltung, für insektenfreundliche Landschaften und echten Klimaschutz, für globale Gerechtigkeit und gutes Essen für alle. Und: die dringend notwendige Agrarwende kann nur gelingen, wenn sie durch eine sozial-ökologische Ernährungswende begleitet wird.

Carsten Preuß, Zossen,
Bundestagskandidat der LINKEN

L E S E U L E



Emigration – aktuell und literarisch

Die Literaturwissenschaftlerin Dr. Monika Melchert, Jahrgang 1954, erklärte im Oktober 2020 in einem Interview mit der Zeitung »neues deutschland«, weshalb sie unter anderem auf die Aktualität der Exilliteratur des 20. Jahrhunderts aufmerksam geworden war: »[...] ich sehe auch den Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik seit 2015: Plötzlich wurde uns wieder bewusst, dass es schon einmal eine solche dramatische Flüchtlingswelle gab, nämlich zu Beginn der Nazizeit. [...] wenn da andere Länder nicht bereit gewesen wären, Asyl zu gewähren, hätte es das Ende bedeutet.« So widmet sich Dr. Melchert akribischer Forschung über die Exiljahre von Anna Seghers, die 1933 bis 1947 in unterschiedlichen Ländern nur im Exil überleben konnte.

Voraussetzung dafür waren der Überlebenswille der Flüchtenden (Anna Seghers hatte für zwei minderjährige Kinder zu sorgen.) und die Bereitschaft von Regierenden, den vom Tode Bedrohten Asyl zu gewähren. Mexiko gehörte zu den Ländern, die sowohl linke Intellektuelle als auch ehemalige Kämpfer aus dem Spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939) aufnahmen. Der damalige mexikanische Konsul in Frankreich, Bosques, ermöglichte ca. 40.000 Emigrant*innen ein Visum für Mexiko. Aber ohne die finanzielle Hilfe von bereits im mexikanischen und US-amerikanischen Exil lebenden Geflüchteten und Freund*innen sowie der Arbeit von Hilfskomitees wären sie dem Ziel – Mexiko oder USA – nicht näher gekommen. Den Roman über diese Flucht, »Transit«, begann Anna Seghers bereits während der Überfahrt auf einem mit 300 Flüchtlingen besetzten Frachtschiff zu schreiben. Den Beginn ihres Lebens im mexikanischen Exil beschreibt Anna Seghers wie folgt: »Jeder hat ein Bett, einen Tisch, einen Stuhl und ich kann wieder arbeiten.« – ein normales Leben führen.

Viele Aussagen von Dr. Melchert in dem Buch »Im Schutz von Adler und Schlange – Anna Seghers im mexikanischen Exil«, erschienen 2020, sind vergleichbar mit der Situation heutiger Asylsuchender, egal ob sie aus Afrika, Afghanistan oder Bangladesch kommen. So hilft das Lesen älterer und neuerer Literatur, Verständnis für das Handeln von in der Gegenwart bedrohten Menschen zu entwickeln.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Monika Melchert
Im Schutz von Adler
und Schlange.

Anna Seghers im
mexikanischen Exil
200 Seiten, 22 Abb., Hardcover
mit Schutzumschlag, 20 Euro
ISBN 978-3-947215-84-3

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 1. Februar 2021
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Februar 2021
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

3 X 3 FRAGEN:

Unser Landkreis ist in drei Bundestagswahlkreise aufgeteilt. Bis zur Wahl am 26. September werden wir unsere Direktkandidaten mit kurzen Fragen und Antworten vorstellen – dem 3 x 3.

Tobias Bank, Jüterbog
und Niedergörsdorf

1. Welche Erfahrung brächtest du ins Parlament ein, was ist Dein beruflicher Hintergrund?

Vor meinem Studium habe ich mehrere Sommer als Lagerist und mehr als sechs Jahre als Kellner gearbeitet. Ich kann daher sagen, dass ich weiß, was körperliche Arbeit bedeutet, die nicht all zu gut bezahlt wird. Durch meinen Studienabschluss als Politik- und Verwaltungswissenschaftler sowie mein 20-jähriges ehrenamtliches politisches Engagement, kenne ich mich nicht nur in Verwaltungsfragen aus, sondern auch im parlamentarischen System. Als Historiker für Zeitgeschichte habe ich zudem immer einen vergleichenden Blick.

2. Was ist Deine politische Bilanz, was hast Du erreicht, was war Dein größter politischer Erfolg?

Ich bin kein Mitglied eines Parlamentes, daher sind meine Möglichkeiten als Einwohner begrenzt. Trotzdem waren von mir initiierte Proteste gegen steigende Mieten erfolgreich. Auch von mir eingebrachte Förderung von Tagesmüttern ist ein Erfolg. Weiter ist der Druck auf die Landesregierung durch meine Petition für eine Taktverdichtung des RE4 zu nennen, die Verankerung kommunalpolitischer Themen auf Bundesebene sowie etliche Initiativen zu Digitalisierung/Breitbandabdeckung.

3. Was hast Du Dir vorgenommen? Wo würdest Du Deinen Arbeits- schwerpunkt im Bundestag set- zen wollen?

Im Bundestag möchte ich mich für die Belange der Kommunen einsetzen: Ausreichend finanziell ausgestattete Kommunen, eine an die Realitäten angepasste Wirtschaftsförderung, Unterstützung bei Rekommunalisierungsvorhaben, kombinierbare Förderprogramme bei sozialen, Energie- und Umweltthemen, das Staatsziel Kultur, Anreize für sozialen Wohnraum – all das sind Themen, die das Leben in den Kommunen bestimmen. Daher verdienen die Kommunen für mich als Bundespolitiker die größte Aufmerksamkeit.

Carsten Preuß, alle anderen
Kommunen in Teltow-Fläming

1. Welche Erfahrung brächtest du ins Parlament ein, was ist Dein beruflicher Hintergrund?

Von 2018–2019 war ich Mitglied des Landtags. Dort war ich haushalts-, finanz- sowie umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Seit vielen Jahren bin ich als Fraktionsvorsitzender in Zossen aktiv. Als gelernter und studierter Landwirt verfüge ich über vielfältige Kompetenzen im Bereich Land- und Forstwirtschaft. Daher vertrete ich als Landesvorsitzender den Umweltverband BUND im Landesforstausschuss. Meine langjährigen Erfahrungen in der Verwaltung ermöglichen es mir, die Abläufe der Exekutive kritisch zu beurteilen.

2. Was ist Deine politische Bilanz, was hast Du erreicht, was war Dein größter politischer Erfolg?

Zwischen 2009 und 2011 organisierte ich die Petition gegen die Seenprivatisierung. Sie wurde von über 110.000 Menschen unterzeichnet und führte zum Stopp der Privatisierungspraxis. Als MdL habe ich durch Änderungen zum Landeshaushalt 2019/20 eine stärkere Fokussierung auf die Bereiche Umweltschutz und Tierwohl erreicht. Maßgeblich habe ich Beschlussvorlagen der Koalition zum Natur-, Umwelt- und Klimaschutz vorbereitet. Auch in der SVV Zossen konnte ich mit meiner Fraktion wichtige Akzente im Bereich Umweltschutz, Stadtentwicklung und Ehrenamt setzen.

3. Was hast Du Dir vorgenommen? Wo würdest Du Deinen Arbeits- schwerpunkt im Bundestag set- zen wollen?

Aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen möchte ich die Fraktion in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz unterstützen. Damit würde ich in die Fußstapfen von Kirsten Tackmann treten. Schwerpunkte sind dort die Schaffung fairer und nachhaltiger Rahmenbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe, die Gewährleistung sicherer und gesunder Lebensmittel, die Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung, die Stärkung der ländlichen Räume und die Zukunftssicherung der Waldwirtschaft.

Norbert Müller, Ludwigsfelde

1. Welche Erfahrung brächtest du ins Parlament ein, was ist Dein beruflicher Hintergrund?

Seit 2014 streite ich als Mitglied des Bundestages für die Rechte von Kindern. Als Obmann im Familienausschuss habe ich das erste linke Konzept für eine Kindergrundsicherung auf den Weg gebracht und als Vorsitzender der Kinderkommission erfolgreich mit den Koalitionsabgeordneten Stellungnahmen verhandelt. Davor war ich jahrelang in der Jugendverbandsarbeit aktiv und habe mich dafür eingesetzt, dass junge Menschen ermächtigt werden, ihre Interessen selbstständig vertreten können. Dieses Engagement prägt bis heute meine politische Arbeit.

2. Was ist Deine politische Bilanz, was hast Du erreicht, was war Dein größter politischer Erfolg?

Erst jüngst hat sich wieder gezeigt, was wir mit beharrlicher Arbeit erreichen können. Seitdem die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, stieg die Zahl minderjähriger Rekrut*innen bei der Bundeswehr Jahr um Jahr. Als ich in den Bundestag nachrückte, habe ich das zum Thema gemacht. Mit Erfolg: Mittlerweile gibt es breite Kritik an dieser Praxis bis hin zum Wehrbeauftragten. Und: Der Anteil der Minderjährigen in der Bundeswehr ist im vergangenen Jahr deutlich eingebrochen. Wir werden hier natürlich dranbleiben. Denn das Ziel lautet: Nie unter 18!

3. Was hast Du Dir vorgenommen? Wo würdest Du Deinen Arbeits- schwerpunkt im Bundestag set- zen wollen?

Familien müssen radikal entlastet werden. Ich setze mich dafür ein, dass die Kita- und Hortgebühren bundesweit wegfallen. Außerdem brauchen wir endlich ein Kitaqualitätsgesetz. Vor allem aber will ich weiter dafür streiten, dass kein Kind mehr in Armut aufwächst. Wir schlagen dazu eine Kindergrundsicherung mit einem Sockelkindergeld von 328 Euro vor. Hinzu kommen Zuschläge für Kinder, die derzeit noch in Armut leben. Davon würden fast alle Familien profitieren. Um das umzusetzen müssen wir aber an die Einkommens- und Vermögensverteilung ran.